Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Teilnahme an dem Konsultationsprozess zur nationalen Rechenzentrumsstrategie.

Welche Merkmale und Rahmenbedingungen kennzeichnen aus Ihrer Sicht einen „zukunftsfähigen und leistungsstarken“ Rechenzentrumsstandort Deutschland im Jahr2030?

Ein nachhaltiger und leistungsfähiger Rechenzentrumsstandort in Deutschland 2030 darf weder Natur noch Klima belasten, sondern muss zum Gesamtsystem beitragen. Entscheidend ist, dass er

- keine zusätzlichen CO_2-Emissionen verursacht und keinen Strom aus fossilen Quellen bindet,
- die Elektrifizierung anderer Branchen nicht durch höheren Preis- oder Wettbewerbsdruck auf sauberen Strom verzögert,
- sparsam mit Energie und Wasser umgeht und lokale Umweltbelastungen vermeidet,
- sich netzdienlich integriert, ohne Kosten auf Haushalte und andere Unternehmen abzuwälzen.

Weil Rechenzentren große Lasten darstellen, braucht es intelligente Integration: flexible Nachfrage, Speicherlösungen und Software können die Netzbelastung mindern. Nur so lassen sich teure und klimaschädliche Notlösungen mit Gas- oder Dieselgeneratoren vermeiden, die lokale Luftqualität und Klimaziele gefährden würden.

Welche zentralen Herausforderungen und Chancen sehen Sie für den Rechenzentrumsstandort Deutschland in den kommenden Jahren?

- Energie & Klima: Der Ausbau von Rechenzentren erhöht den Druck auf eine Energiewende, die ohnehin noch stark von fossilen Brennstoffen abhängt. Ohne zusätzliche erneuerbare Kapazitäten drohen neue CO_2-Emissionen – direkt durch neue Gaskraftwerke oder indirekt, indem Rechenzentren knappe grüne Energie binden und andere Branchen länger fossile Energien nutzen müssen. Der zusätzliche Strombedarf für Rechenzentren muss ausschließlich durch zusätzliche Erneuerbare Energien gedeckt werden
- Kosten & Akzeptanz: Neue Infrastruktur für Transport und Verteilung verursacht hohe Netzkosten. Ohne klare Regulierung könnten diese bei Industrie und Haushalten landen; in einem Umfeld ohnehin hoher Energiepreise. Beispiele aus den USA zeigen, dass dies zu steigenden Stromrechnungen und lokaler Kritik führen kann.
- Wirtschaftliche Wertschöpfung: Viele Rechenzentren werden von internationalen Konzernen betrieben, deren Gewinne ins Ausland abfließen. Jobs und Steuereinnahmen

bleiben so in Deutschland begrenzt, während die öffentlichen Kosten für Infrastruktur hier entstehen.

- Flexibilität: Der Netzbetreiber erwartet, dass Rechenzentren ab 2030 massiv zur Lastflexibilität beitragen. Dafür müssen ihre Betriebsmodelle aber umgestellt werden – sonst bleibt der Bedarf an fossilen Spitzenlastkraftwerken bestehen.
- Abwärmenutzung: Rechenzentren erzeugen große Wärmemengen, die sinnvoll genutzt werden sollten. Eine Nutzung ist nach Energieeffiziengesetz auch verpflichtend. Standorte für Rechenzentren sollten so gewählt/vorgegeben werden, dass eine Wärmeauskopplung und Integration der Wärme in ein Wärmenetz erfolgen kann. So kann fossile Wärme verdrängt werden.

Welche Rolle sollte der Staat bei der Entwicklung einer souveränen und resilienten Recheninfrastruktur einnehmen?

Der Staat muss den aktuellen Rechenzentrumsboom durch klare Regeln und vorausschauende Planung steuern, um soziale und ökologische Schäden zu vermeiden. Dazu gehören insbesondere:

- Verbindliche Grünstromversorgung: Neue Rechenzentren sollten nur in Betrieb gehen dürfen, wenn sie nachweislich über langfristige Verträge für 24/7-Erneuerbare oder gleichwertige saubere Kapazitäten verfügen.
- Obergrenzen für Energieverbrauch: Politik sollte sicherstellen, dass Rechenzentren nicht einen unverhältnismäßig großen Anteil der verfügbaren Energie in einzelnen Regionen beanspruchen und damit andere Sektoren verdrängen.
- Abgabe für Gemeinwohl und Netzausbau: Spezielle Abgaben auf besonders energieintensive Anwendungen wie KI-Rechenzentren könnten gezielt in Bürgerenergieprojekte, Netzinfrastruktur und flexible Stromlösungen investiert werden.

So kann der Staat gewährleisten, dass Rechenzentren nicht nur wirtschaftlich attraktiv sind, sondern zugleich einen Beitrag zu Versorgungssicherheit, Klimazielen und gesellschaftlicher Akzeptanz leisten.

Unsere aktuelle Lobbyregister-Visitenkarte füge ich zur Vollständigkeit an.

Mit freundlichen Grüßen

Constantin Zerger

Constantin Zerger | Bereichsleiter Energie & Klimaschutz

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Bundesgeschäftsstelle Berlin | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin
Telefon: +49 30 2400867-91 | Telefax: +49 30 2400867-19 | Mobil: +49 160 4334014
E-Mail: zerger@duh.de | www.duh.de | facebook.com/umwelthilfe | www.x.com/umwelthilfe | instagram.com/umwelthilfe |

DUH e.V. | BGF: J. Resch, S. Müller-Kraenner, B. Metz | Vorstand: Prof. Dr. M. Mönnecke, M. Rothkegel, C.-W. Bodenstein-Dresler | AG Hannover VR 202112
Geschäftskonto: Volksbank Konstanz-Radolfzell | IBAN DE89692910000210677216 | BIC GENODE61RAD
Spendenkonto: SozialBank | IBAN DE45 3702 0500 0008 1900 02| BIC BFSWDE33XXX

Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Deutsche Umwelthilfe e.V. nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie hier.